

## Ostermarschierer als „Putin-Agenten“ oder: Mc Carthy lebt!

Die „BILD“-Zeitung wusste wiederum als erste bescheid. „Bis zu 2.000 Putin-Agenten in Deutschland“, verkündete das Kampfblatt des Axel Springer-Verlages am 6. März 2022 in riesigen Lettern auf der Titelseite.

Zwei Tage später konnte die wichtigste gedruckte Informationsquelle des deutschen Volkes ihren Lesern noch mehr mitteilen: „Putins Spione in Deutschland: BILD analysiert Ihr geheimes Treffen. Lesen Sie in BILDplus wie Putins Agenten und Spione in Deutschland ihr Unwesen treiben, von wo sie befehligt werden...“

Ein waches Auge auf deren Treiben ist unerlässlich, denn „Putin-Agenten planen Sabotage in Deutschland“, erkannte das Blatt am 20. März 2022 und berief sich dabei auf eine nicht minder seriöse Quelle: „Russische Spione sollen laut ‚Focus‘ potenzielle Angriffsziele in Deutschland ausspionieren — die Ziele: Telekommunikation und Energie“.

Doch das Zentralorgan der blutigen Wahrheit aus dem Hause Springer scheint dieses Mal die Gefahr sogar noch zu untertreiben. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP im Deutschen Bundestag Alexander Graf Lambsdorff, der zuvor von 2004 bis 2017 Europaabgeordneter war und nun Mitglied des kleinen, erlauchten Parlamentarischen Kontrollgremiums der deutschen Geheimdienste BND, MAD und BfV ist (und darüber hinaus Mitglied der „Atlantik-Brücke“), ist da schon weiter und erkannte in einem Interview für die aktuelle Ausgabe der Wochenzeitung „Die Zeit“:

„Die Ostermarschierer sind die fünfte Kolonne Wladimir Putins, politisch und militärisch.“ Diese Leute, die „jetzt Abrüstung fordern und in Interviews vorschlagen, die Ukraine ‚gewaltfrei zu unterstützen‘“, spucken „den Verteidigern Kiews und Charkiws ins Gesicht“. Die Parolen der Ostermarsch-Bewegung seien „realitätsfern und gefährlich“ („Die Zeit“ online vom 12.4.2022). Hier haben wir die neuen Querdenker, Russengefahr-Leugner, Störer, Gefährder und Chaoten... — und einen Liberalen Graf Lambsdorff, der Joseph McCarthy und seine Hexenjagd auf „unamerikanische Elemente“ aus den 1950er Jahren zu neuem Leben erweckt.

Damit sind es in Wahrheit noch viel mehr als die „bis zu 2.000 Putin-Agenten“, von denen die „BILD“-Zeitung ausging, denn geplant sind für dieses Jahr Ostermarsch-Aktionen an nicht weniger als hundert Orten. Und selbst unter der weitgehenden Einschränkung des Demonstrationsrechtes im Zuge der Corona-Notverordnungspolitik versammelten sich am Osterwochenende im vergangenen Jahr allein in München laut der „Süddeutsche Zeitung“ vom 3.4.2021 „270 Menschen“ (also „Putin-Agenten“!). In Hannover waren es laut „HAZ“ vom 3.4.2021 „rund 150 Menschen“. „Nach Angaben der Organisatoren nahmen mehr 1.000 Menchen am Frankfurter Ostermarsch teil“ („Süddeutsche Zeitung“ vom 5.4.2021) etc.

Doch auch der „dem Uradelsgeschlecht der Lambsdorff“ entstammende FDP-Politiker unterschätzt die Masse der heimlichen Helfershelfer des Kreml-Chefs noch. Wer Fahrrad fährt, weiß bekanntlich mehr:

„Wer sein Auto betankt, fördert das System Putin“, warnte am 1. April 2022 in einem Interview für die „Berliner Zeitung“ der Berliner Landesvorsitzende des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) Frank Masurat. Es handelte sich nicht um einen Aprilscherz!

Die Gefahr, die von diesen Russen-Freunden und klammheimlichen Putin-Unterstützern an der Zapfsäule ausgeht, ist immens, denn: „Wir dürfen nicht vergessen, dass auch wenn Russen europäisch aussehen, dass es keine Europäer sind, jetzt im kulturellen Sinne, einen anderen Bezug zur Gewalt haben, einen anderen Bezug zum Tod haben.“ So die dringende Warnung der stellvertretenden Leiterin des EU-Instituts für Sicherheitsstudien Florence Gaub in der „ZDF“-Sendung „Markus Lanz“ vom 12. April 2022 (siehe „junge Welt“ vom 14.4.2022).

An geistlichem Beistand für diese Ansichten mangelt es nicht. So stellte die römisch-katholische Deutsche Bischofskonferenz in ihrer Erklärung vom 10. März 2022 unmißverständlich fest:

„Die Invasion in die Ukraine ist auch ein Angriff auf Europa und seine Werte. Demokratie, Freiheitsrechte und Rechtsstaatlichkeit, eine Ordnung des Neben- und Miteinanders der Staaten auf der Grundlage verbindlicher und fairer Regeln — all das verachten und bekämpfen jene, die der Ukraine die Freiheit rauben wollen. Europa tut deshalb gut daran, sich auf eine lange und schwierige Auseinandersetzung einzustellen. Eine Haltung der Entschlossenheit und der Eindeutigkeit, jenseits von Hysterie und von taktischem Lavieren ist nötig, um diese Herausforderung zu bestehen.“

Klargestellt wird, dass Russen keine Europäer sind: „Nicht nur die Ukrainer stehen unter Schock. In gewissem Sinne gilt dies auch für alle anderen Europäer. Denn das russische Vorgehen hat die Grundlagen des Zusammenlebens auf unserem Kontinent radikal in Frage gestellt.“

Deshalb werden einmal mehr die Kanonen von den christlichen Oberhirten gesegnet: „Rüstungslieferungen an die Ukraine, die dazu dienen, dass das angegriffene Land sein völkerrechtlich verbrieftes und auch von der kirchlichen Friedensethik bejahtes Recht auf Selbstverteidigung wahrnehmen kann, halten wir deshalb für grundsätzlich legitim.“

Antimilitaristische oder gar antiimperialistische Kritik an der eigenen Regierung und Protestaktionen gegen sie und die NATO werden daher von den katholischen Bischöfen schärfstens abgelehnt, um nicht zu sagen verdammt:

„Mit Verweis auf die veränderte Sicherheitslage in Europa hat die Bundesregierung eine stärkere Ausrichtung der Bundeswehr auf deren Aufgaben der Landes- und Bündnisverteidigung und eine bessere Ausstattung der Streitkräfte auf den Weg gebracht. Diese Ziele sind grundsätzlich plausibel und sollten nicht pauschal mit politischen Kampfbegriffen wie ‚Aufrüstungspolitik‘ oder ‚Militarisierung der Außenpolitik‘ belegt werden.“

Dabei verlieren die im Namen des alten Aufrührers Jesus Christus agierenden Kleriker auch die Aufstandsbekämpfung und den Schutz der Finanz- und Konzerninteressen des deutschen Imperialismus in aller Welt nicht aus dem Blick, denn „bei der Neuorientierung der Sicherheitspolitik (...) muss aber daran erinnert werden, dass der deutsche Beitrag zum Frieden in der Welt viele Aufgaben umfasst,

die nicht in den Hintergrund rücken dürfen. Nicht zuletzt zählen dazu die Verbesserung der Lebensbedingungen in armen Ländern und eine entschlossene Klimapolitik, deren Ausbleiben nicht nur das Leben in manchen Regionen unseres Planeten gefährden würde, sondern auch und gerade deshalb konkrete sicherheitspolitische Implikationen hätte. Auch manche Einsätze der Bundeswehr im Ausland bleiben um des Friedens willen geboten.“

An der von Putin & Co. betriebenen Politik, inklusive des Krieges gegen die Ukraine, gibt es nichts zu beschönigen und dass wir sie als Linke von antiimperialistischen und internationalistischen Positionen aus bekämpfen, sollte sich von selbst verstehen.

Auch bezüglich der anderen Seite sollte jedoch Klarheit herrschen, denn „die Freiheit“, die die soeben aus Europa ausgebürgerten Russen „der Ukraine rauben wollen“ und die europäischen Werte der „Demokratie, Freiheitsrechte und Rechtsstaatlichkeit“ bestehen unter der Regentschaft von Selenskij & Co. seit März 2022 aus dem Verbot aller Oppositionsparteien, der Gleichschaltung der Medien sowie einer seit Jahren betriebenen Unterdrückung der russischsprachigen Minderheit und aller Linken, der Kumpanei mit militanten Neonazis (inklusive finanzieller, militärischer und propagandistischer Unterstützung) sowie einer dezidiert arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Politik.

Die kommt in aller Deutlichkeit in dem am 27. Dezember 2019 vom ukrainischen Parlament beschlossenen neuen Arbeitsgesetz zum Ausdruck, das von der internationalen Industriegewerkschaftsföderation IndustriALL scharf kritisiert wurde, weil es gegen internationales Recht verstößt, wie es in verschiedenen Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation festgeschrieben ist. In dem Gesetz enthalten ist nicht nur die „Arbeit auf Abruf“ (d.h. „Null-Stunden-Arbeitsverträge“) und Überstunden als Norm, sondern auch das Recht der Kapitalisten und Oligarchen auf willkürliche Kündigung ihrer Lohnsklaven, die Absage an Tarifverträge, der Ausschluss von Gewerkschaften aus den Betrieben und anderes mehr.

So bleibt die viel beschworene deutsche und europäische Freiheit vor allem die von der ZDF-Kabarettistin Carolin Kebekus ganz ernsthaft bejubelte: „Ich kann Witze über Putin machen, und niemand bestraft mich dafür.“ Deshalb sei es „ermutigend, sich klarzumachen, dass man in einem freien Land lebe, in dem solche Witze möglich seien“ („dpa“ vom 11.4.2022 und „junge Welt“ vom 12.4.2022). Frau Kebekus vergaß dabei offenbar, dass es in Russland — auch unter Putin — problemlos möglich ist, Witze über US-Präsident Biden oder den ukrainischen Diktator Selenskij zu machen...

Dafür weiß die außenpolitische Expertin Kebekus, was der wahre Grund für den Einmarsch in die Ukraine ist: Da stecke „so eine gekränkte, unberechenbare Männlichkeit dahinter“.

Auch wenn der Aufruf zu den Anti-Kriegsdemonstrationen der Ostermarsch-Organisatoren aus linker Sicht durchaus noch Verbesserungsbedarf aufweist, ist eine Teilnahme an diesen subversiven Aktionen der „fünften Kolonne“ durchaus empfehlenswert, wenn nicht gar geboten. Und wo immer möglich sollten dabei weitergehende linke Positionen deutlich gemacht werden.

Beispiele dafür bieten der Aufruf zu einem klassenkämpferischen und antiimperialistischen Block auf der Anti-Kriegsdemo am 9. April 2022 in Berlin:  
<https://www.klassegegenklasse.org/9-april-in-berlin-nein-zum-krieg-gegen-die-aufruestung-weder-putin-noch-nato/>

sowie der offizielle Aufruf zu jener "No War but Class War"-Demo in Berlin am 9.4.2022:  
<https://www.klassegegenklasse.org/9-april-in-berlin-no-war-but-class-war/>

***Ein Mitglied des Gewerkschaftsforums Hannover vom 14.4.2022***